

Hochschulreform und Ideologie

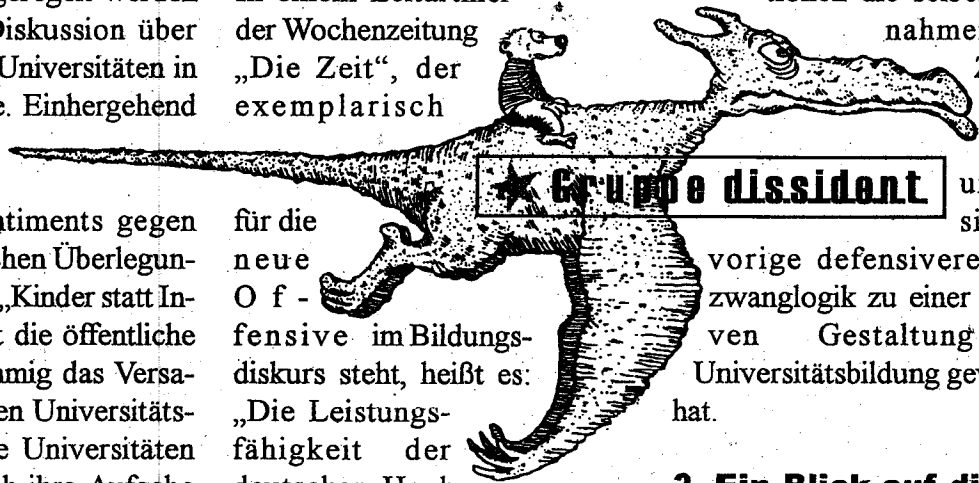
★ Gruppe dissident

Mit der Debatte um die Green-Card-Aktion der Bundesregierung, bei der eine Anwerbung ausländischer Computer-spezialistInnen geregelt werden soll, geht die Diskussion über die Reform der Universitäten in eine neue Runde. Einhergehend mit den üblichen nationalistischen Ressentiments gegen diese ökonomischen Überlegungen (J. Rüttgers: „Kinder statt Inder“) konstatiert die öffentliche Meinung einstimmig das Versagen des deutschen Universitätswesens. Da jene Universitäten nun offensichtlich ihre Aufgabe in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die Bereitstellung verwertbarer, qualifizierter Arbeitskräfte, nicht erfüllt haben, müsse schnellstmöglich mit der adäquaten Reform der Hochschulbildung begonnen werden. Dazu paßt auch die Ankündigung der nordrhein-westfälischen CDU, mit einer Postkartenaktion gegen die Greencard-Aktion zu protestieren, um damit die bildungspolitische Diskussion anzustoßen (Angela Merkel). Der Slogan der Kampagne soll übrigens „Mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung“ heißen.

1. Beginn der neuen Offensive zur Bildungsreform

In einem Leitartikel der Wochenzeitung „Die Zeit“, der exemplarisch

für die neue Offensive im Bildungsdiskurs steht, heißt es: „Die Leistungsfähigkeit der deutschen Hochschulen läßt allerdings zu wünschen übrig - auf vielen Gebieten.“ (Nr. 14 / 2000) Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen wird dementsprechend danach beurteilt, daß sie vor den Her-



ausforderungen der Wissensgesellschaft und der Internet-Wirtschaft bestehen will. (vgl.

ebd.) Dann nämlich, wenn dieser Wille da sei, müsse das Studium reformiert werden: „Es muss praxisnäher, kürzer und flexibler werden.“ (ebd.) Interessant ist es nun, diesen offensiven Aufhänger für eine radikale Umstrukturierung der deutschen Universitäten mit der Sachzwanglogik des bisherigen Bildungsdiskurses zu vergleichen. Hierbei kann konstatiert werden, daß beide Argumentationen die selben Maßnahmen und Ziele anvisieren und daß sich die vorige defensivere Sachzwanglogik zu einer offensiven Gestaltung der Universitätsbildung gewandelt hat.

2. Ein Blick auf die bisherige Debatte

Ausgangspunkt der bisherigen Bildungsdebatte war die soziale Öffnung der Universitäten für die sogenannten „bildungsfernen“ Schichten in den sechziger und siebziger Jahren. Mit dem „Öffnungsbeschluß“ aus dem Jahre 1977 sollte das „Bildungspotential“ der Bevölkerung einer stärkeren ökonomischen Verwertbarkeit zugeführt werden. Dieser Beschluß beruhte jedoch auf der Annahme, daß der Anstieg der StudentInnenzahlen lediglich eine demographische Übergangerscheinung bis ca. 1990 sei und brachte ein Einfrieren der öffentlichen Bildungsausgaben mit sich. Mit der Änderung des allgemeinen

Bildungsverhaltens hat sich dies jedoch als falsch erwiesen: Derzeit stehen ca. 1,8 Mio. StudentInnen 970000 Studienplätze gegenüber. Auf dieser Basis, der Mittelknappheit und der Überlastung der Hochschulen, setzte nun der bisherige Bildungsdiskurs an.

3. Entpolitisierung und Ideologisierung

Aufgrund dieser offensichtlichen Disfunktionalität der Universitäten wurde von den „Reformern“ sehr schnell die Chance erkannt, die

radikal neoliberale Umstrukturierung der Hochschulen mit Hilfe des Sachzwangargumentes zu begründen. Damit begann übrigens die totale Entpolitisierung der herrschenden Bildungsdebatte, die sich von da an nur noch auf der Grundlage zweckrationaler Disposition bewegt. Entpolitisierung der Dabatte bedeutet nicht, daß der Umbauprozess nur mit ökonomischen Effizienzkriterien zu begründen ist. Ziel ist auch die politische Absicherung neoliberaler Hegemonie durch die Akzeptanz der Leistungskriterien durch die Studierendenenschaft, um diese in eine hegemoniale Konstellation einbinden zu können.) Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie formuliert das entsprechende Ziel der Reform folgendermaßen: „Ziel der Reform des deutschen Hochschulsystems ist es, durch Leistungs-

orientierung und durch Schaffung von Leistungsanreizen Wettbewerb und Differenzierung zu ermöglichen sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit

Weitkamp) und der Studiengebührendebeate beegenen und die jene Transformation der Unis forcieren sollen. Die Produktion der Ware Arbeitskraft

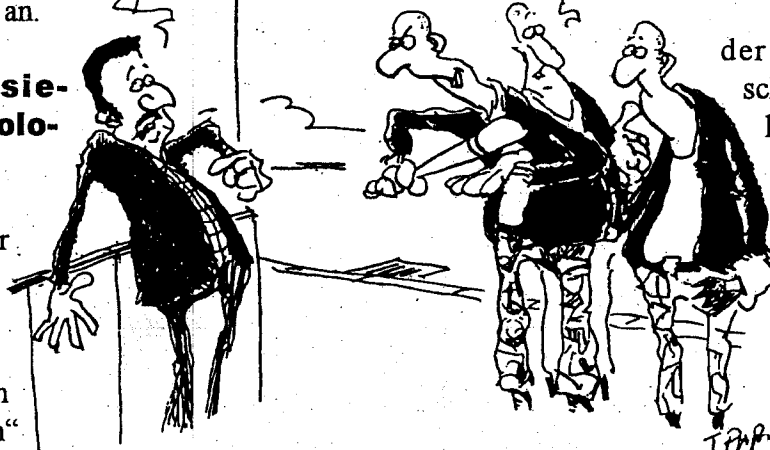
für den ökonomischen Verwertungsprozess soll so erheblich verbilligt werden, indem die Qualifikation

der Arbeitskraft ausschließlich auf die Zwecke ihres Einsatzes beschränkt bleibt und die Studierenden zu mehr „Leistung“ und mehr „Effizienz“ in ihrem Studium gezwungen werden. Besonders wichtig ist außerdem die veränderte Zeitdimension, die dem

Studium im „flexiblen Kapitalismus“ (R. Sennett) zugrundegelegt wird, denn im modernen Kapitalismus haben die an den Universitäten vermittelten Kenntnisse eine immer kürzer Geltungsdauer und müssen stets erneuert werden. Das heißt, daß die akademische Bildung nicht mehr auf ein einmaliges Studium mit Abschluß beruht, sondern daß „lebenslanges Lernen“ die Grundlage dafür sein soll, ökonomisch verwertbare Kenntnisse möglichst schnell und immer wieder aktualisiert zu vermitteln. Somit ändert sich der Charakter des Universitätsstudiums grundlegend.

ISSE PROGRAMIRA
FÜR DOITSLANS
ZUKUNF!!

..UND WENN'S
KEIN TRICK IST?!



HERR L.P. SINGH - ÜBERLEBENSSTRATEGIE

higkeit der Hochschulen für das 21. Jahrhundert zu sichern.“ (Januar 1997) Mit dem vorigen Zitat schließt sich nun der Kreis zur Greencard-Bildungsdebatte. Nun ist lediglich zu fragen, auf welchem Ziel und welchen sich bedingenden Maßnahmen jene beiden ideologischen Begründung einer „effizienten“ Hochschulreform beruhen.

4. Universität und Produktion der Arbeitskraft

„Vertikale Differenzierung und stärkere Selektion“ nennen Torsten Bultmann und Rolf Weitkamp jene Maßnahmen, die uns jedoch viel greifbarer in der täglichen Wahrnehmung als Neuregelung des Hochschulzugangs, dem „Mythos der abnehmenden ‘Studierfähigkeit’“ (Bultmann /

